

Frühsexualisierung: Ein Trojaner vorbei an den Eltern

Mit einem haben die rot- grünen Landesregierungen in den letzten 10 bis 20 Jahren nicht gerechnet: Widerstand. Den haben Stuttgarter Politiker im letzten Frühjahr erfahren. Bürger unterschreiben Petitionen, gehen auf die Straße, und ein Leitmedium deckt mit mehreren Artikeln die Hintergründe der frühen Sexualisierung von Grundschulkindern auf. Politik muss sich nun nolens volens der Öffentlichkeit stellen. Und das tat sie erst fast hilflos und dann aber den „Gegner“, das heißt die Bürger, diffamierend und beleidigend. Von Debattenkultur keine Spur. Der Bürgerwillen mit Zigttausenden von Unterschriften unter Petitionen wurde einfach als nicht relevant in den Landesparlamenten durchgewunken. Wie konnte das passieren?

Elternrechte...

....stehen noch immer auf dem Papier. Da steht in den jeweiligen Schulgesetzen, dass die Schule/Lehrer verpflichtet sind, die Eltern vor einem Sexualkunde-Unterricht zu informieren. Die Art und Weise der Information sieht von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich aus. Die Realität sieht aber gleich aus: Was wirklich im Unterricht passiert ist durch die Eltern kaum überprüfbar. Neben dieser „offiziellen“ Sexualkunde durch den Lehrer unterrichten überdies staatlich finanzierte Minderheiten seit einiger Zeit die Schüler in Grundschulen mit externen Kräften über ihre homosexuellen Lebensweisen - meistens ohne die Präsenz des Lehrers. „ Kinder sollen ihre Lieblingsstellung zeigen, Puffs planen, Massagen üben....“ /6/ (am Ende).

Eltern erfahren übersolche Unterrichtsstunden erst, wenn ihr Kind gleichsam zufällig über demonstrierte Sexualpraktiken zu Hause erzählt. Ein unhaltbarer Zustand. Wenn Eltern sich dann beim Lehrer beschweren, finden sie häufig keine beruhigenden Konsequenzen seitens der Schule. Sei es wie es ist, allein die Tatsache einer nicht altersgerechten Sexualkunde mit Hinterfragen der Vater- und Mutterrolle und sexuellen Lebensweisen von Minderheiten begünstigen nach übereinstimmender Meinung den Verdacht auf Kindesmissbrauch,

<http://www.domradio.de/themen/soziales/2014-11-07/missbrauchsbeauftragter-kritisiert-neue-sexualpaedagogik>

Verunsichern sexueller Identität

Der gesellschaftspolitische Hintergrund: Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, fand eine Frühsexualisierung - zunächst unbemerkt in den Bundesländern Berlin und NRW - Eingang in die Lehrpläne von Grundschulen. Initiator war die Homolobby, unter dem Schuttschild der Grünen. Sie erkannte sehr früh, dass das In-Fragestellen des angeborenen Geschlechts, die Möglichkeit eröffnet, im Vorschul- und Grundschulalter die Normalität von „Mann“ und „Frau“ in Frage zu stellen.

http://www.genderundschule.de/index.cfm?uuid=8DBA5583F95F85A75FFEE58B99C825AC&and_uuid=640626DA765F11D7B43B0080AD795D93

Aus der Sexualwissenschaft ist bekannt, dass Kinder im 4. bis 7. Lebensjahr für Prägungen und äußerlichen Einflüssen besonders empfänglich sind, gerade was die geschlechtliche Identitätsbildung angeht. So wird der - bereits im Fötus festgelegte - geschlechtliche Genotyp im aufkeimenden Bewusstsein des Kindes durch Vorbilder des gleichen Geschlechts (beispielsweise Vater oder Mutter) seit eh und je gewissermaßen bestätigt. Diese Offenheit für Fremdeinflüsse wird naturgemäß größer, je mehr elterliche Vorbilder versagen und je mehr diese dadurch in Frage gestellt werden. Fast spielerisch werden mit der Propagierung der sogenannten „geschlechtlichen Vielfalt“ fächer- und klassenübergreifend die Rollenbilder Mann und Frau hinterfragt, ja zerstört, um dann den Schülern die sogenannte „Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensweisen“ in frohen und regenbogen-farbigen Bildern beschrieben und mit Modellen von Geschlechtsteilen und Praxisanweisungen im Unterricht demonstriert. Mit dieser Theorie sollen Schüler bereits in der Grundschule „befähigt“ werden, ihre sexuelle Identität selber bestimmen zu können, etwa nach dem Motto: „Junge, du kannst auch schwul werden!“ Diese Frühsexualisierung hat folgende Ziele:

- Eine grundsätzliche **Verunsicherung** der Kinder in ihrer eingepprägten Identitätsfindung Mann/Frau und Vater/Mutter
- die Vermittlung von der sogenannten „**Vielfalt** sexueller Identitäten“. Das beeinträchtigt das Gefühl für das **Naturgegebene** „ Mann und Frau“. In der Folge bedeutet das u.a.:

- Die **Zerstörung der klassischen Familie** mit Mann, Frau und Kindern,
- Diese „Pädagogik“ dient dem Streben einer sexuellen Minderheit (unter 5%), ihre Identität **zur Normalität** zu bringen.

Kinder werden auf diese Weise für ein gesellschaftliches Großexperiment namens „Gender Mainstreaming“ missbraucht mit den Schulen als Testlabor. Die eigentlichen Gründe der Homolobby für dieses menschenverachtende Tun bleiben Spekulation. Vieles erinnert an den Spruch der 68er: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht!“ Die Pseudo-Wissenschaftlichkeit der Genderpädagogik wird in diesem Beitrag detailliert untersucht: <http://www.derfreiejournalist.de/?e=144>

Was ist das „Gender- Mainstreaming“?

*„Gender Mainstreaming“ (GM) betrachtet das Geschlecht (engl. Gender) als gesellschaftliches Produkt /1/. Mit dieser Annahme könnte der Mensch das Geschlecht eines Menschen verändern und einen neuen Menschen, einen Homunculus, schaffen. Gender hat seine Wurzeln in der homosexuellen Bewegung Nordamerikas. Die bisher nicht bewiesene Gendertheorie machte es der Homolobby leicht, ihre sexuelle Abweichung mit Hilfe der von ihr propagierten „sexuellen Vielfalt“ (Gender Diversity) als „normal“ erscheinen zu lassen. Die Radikalfeministinnen und ihre männlichen Helfer in Deutschland haben GM de facto zur **Staatsideologie**/2/ erklärt und verkaufen sie aber als „Gleichstellung“ von Mann und Frau. Mittlerweile haben sich alle bisher im Bundesparlament vertretenen politischen Parteien diesem Diktat unterworfen. Die Staatsideologie GM ist mittlerweile ein ungeschriebenes Programm mit totalitärem Anspruch für alle gesellschaftlichen Bereiche. Eines davon ist die sogenannte Genderpädagogik.*

/1/ <http://agensev.de/content/gender-ist-mitten-unter-uns-kurzinfo>

/2/ <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=192702.html>

Verdeckte Operationen ohne Eltern

Staatsideologien, wie das Gender Mainstreaming, agieren häufig mit undemokratischen Methoden, vergleichbar mit der Informationspolitik von Diktaturen, mit der sie ohne demokratische Legitimation Regierungen und Parlamente unterwandern.

Als Infrastruktur für die Machtausübung dienen parallele Netzwerksysteme mit ihren „Agenturen“, bestehend aus rd. 2000 Gleichstellungsbeauftragten (auch in den Schulen) und über 250 sogenannte Gender-Lehrstühle an Universitäten und Hochschulen. In manipulierender Sprache werden Beschlusspapiere, wie Bildungspläne, in Hinterstuben von Experten und Lobbyisten erarbeitet, und dann zunächst in internen (Partei-) Zirkeln weitergereicht. Demzufolge war die Verabschiedung von bildungsrelevanten Vorlagen im Stuttgarter und Hannoveraner Landtagen bisher ein Selbstläufer, das „Durchwinken“ seitens der Abgeordneten das passende Bild dazu. Die auf diese Weise zustande gekommenen Parlamentsbeschlüsse werden dann in Ministerien in Gesetze und Verordnungen und Lehrpläne (Curricula) umgesetzt und an Landesinstitute für schulische Qualitätsentwicklung weitergeleitet, von wo aus sie schließlich Eingang in die Texte von Schulbüchern finden und dann über die Lehrerschaft an die Schüler vermittelt werden.

Die handelnden Politiker wännen sich vor diesem Hintergrund in Sicherheit, ein Infragestellen ihres Tuns lag bisher jenseits ihrer Vorstellungskraft. Der entscheidende Punkt dabei ist: Die obigen Ziele der Frühsexualisierung können mit Bürgerbeteiligung kaum, oder wenn, dann nur mit Abstrichen durchgesetzt werden. Somit sind Elternrechte offensichtlich nicht gefragt, sie wären in der Tat ein Störfaktor. Es kommt noch hinzu, dass bei diesem „verdecktem“ Vorgehen Eltern auch kaum informiert sind. Spätestens erfahren sie – wenn überhaupt – von ihren Kindern etwas über die Frühsexualisierung beim täglichen Essen zu Hause. Ja, und dann? Die Einflussmöglichkeit der Eltern tendiert auf Grund ihres Unwissens in einer solchen Situation gegen Null. Deswegen müssen Eltern in die Lage versetzt werden, in solchen Fällen vor dem gesetzgebenden Prozess gehört zu werden. Dieses Defizit ist es, das für die politische Klasse in Stuttgart zu einem jähen Erwachen führte:

Eltern wehren sich

Ort der Handlung: Baden-Württemberg: Der Realschullehrer Gabriel Stängle erstellt mit Freunden und Bekannten im Nord-Schwarzwald eine Petition gegen den Bildungsplan 2015 der baden-württembergischen Landesregierung). Entscheidender Angriffspunkt der Eltern war die Leitidee der „**Akzeptanz der sexuellen Vielfalt**“. In einem fast übermenschlichen Einsatz organisierten die Gemeinden über drei Monate hinweg die Verbreitung der Petition. Sie mobilisierten Freunde, Bekannte, Kollegen in ihren Arbeitsstellen, kirchliche Gemeinden und Institutionen, die Landtagsparteien u.v.m. Begleitend kreierte das Petitionsteam noch eine Webseite mit einem professionellen Comic über den Bildungsplan (www.bildungsplan2015.de).

Ergebnis: fast 200.000 Unterschriften, ein Traumergebnis für eine Petition.

Davon waren fast die Hälfte bundesweite Unterschriften.

Dieses historisch einmalige Ergebnis spiegelt die eigens erkannte **Betroffenheit der Eltern** wieder, die sie ohne die Information durch die Petition gar nicht gehabt hätten. Mit dem Lesen der in der Petition enthaltenen Informationen verstanden die Eltern sofort: Das geht mich an, das geht unsere Kinder an! Fast 200 000 Unterschriften waren ein Momentum, das die Politik von Stund' an nolens volens ernst nehmen musste. Das taten die Politiker auch, zwar mit verbaler Scheinnachgiebigkeit, aber mit **Unbeugsamkeit in der Sache**. Der politische Folgeprozess zeigte sich durch eine kaum zu überbietende Verzögerungstaktik aus. Man könnte fast meinen, es wäre Hilflosigkeit: Von der Abgabe der Petition bis zur Ablehnung durch den Landtag sind sage und schreibe über 6 Monate vergangen, was normalerweise zwei Monate bedarf. Die Ablehnungsgründe zeigten unterm Strich kaum Interesse, den Bürgerwillen (dokumentiert durch fast 200 000 Petitions- Unterschriften) sonderlich ernst zu nehmen.

Parallel zur Petition organisierte Hedwig von Beverfoerde) mit kirchlichen und politischen Institutionen das Aktionsbündnis „**DEMO für ALLE**“, das mehrere Demonstrationen in Stuttgart (<http://demofüralle.wordpress.com>) mit Tausenden von Teilnehmern durchführte.

AGENS war auch mit einer Rede dabei /3/. Die letzte Demo in Stuttgart wurde begleitet von einer Podiumsveranstaltung mit einem Impulsvortrag von Prof. Leisenberg /4/.

Ergebnis: Ein Rückzieher, die Landesregierung verschiebt den Bildungsplan ins Jahr 2016.

Damit haben Bürger das erste Mal Aktionen der Genderisten öffentlich an den Pranger gestellt und eine Landesregierung zum Einlenken gezwungen.

/3/ <http://agensev.de/content/elternrecht-800-polizisten-sch%C3%Bctzen-1000-eltern>

/4/ <http://www.familien-schutz.de/12030/>

Ort der Handlung: Niedersachsen

Nach obiger Petition in Baden Württemberg wurde auch die Landesregierung in Hannover aktiv. Am 18.03.14 stellte die rot-grüne Regierungskoalition in Hannover einen **Antrag** zur Förderung des Unterrichts zur sexuellen Vielfalt an den niedersächsischen Landtag. Er beinhaltet u.a. die folgenden Maßnahmen, die in erster Linie auf die angebliche „Homophobie“ unter Schülern fächer- und klassenübergreifend Einfluss nehmen sollen:

- **Lehrkräfte** „für die Diversität der sexuellen und geschlechtlichen Identitäten“ zu **sensibilisieren**.
- **Schulbücher** nur noch dann zu **genehmigen**, wenn die Vielfalt sexueller Identitäten angemessen berücksichtigt ist.
- **Kerncurricula** für alle Schüler so zu **ergänzen**, dass die „Existenz und Lebenswirklichkeit von Menschen verschiedener sexueller Identitäten hinreichend Berücksichtigung findet“.

Die **homosexuelle Basisarbeit** vor Ort für diesen Antrag wird durch das vom Land Niedersachsen geförderte Netzwerk www.schlau-nds.de geleistet. Es organisiert die oben erwähnten Unterrichtsstunden

Die **Begründung des Antrags** enthält Informationen hinsichtlich des homosexuellen Bevölkerungsanteils (5 bis 10%) und über das angeblich homophobe Klima an den Schulen. Beweise für die Richtigkeit derlei Behauptungen und Zahlen wurden nicht erwähnt.

Nächste Schritte: Der leicht geänderte Antrag wurde mit Einbesserungen vom Landtag angenommen und an die Regierung überwiesen.

Vor Ort hat AGENS eine Gruppe gegründet: „**ELTERN 21**“ (www.eltern21.net), die der geplanten Frühsexualisierung mit Demos und Info Veranstaltungen Widerstand leistet. Die Feuerprobe hat die Gruppe bereits bestanden: Die erste „DEMO für Alle“ in Hannover am 22.11. hatte rd 1200 Teilnehmer. Die Rede des AGENS-Vorstandes in <https://www.youtube.com/watch?v=-s4gQCSUTFE>

In einer Quick Shot Aktion wurden den MdLs Fragen zum Entschließungspapier zu gesandt:

http://eltern21.net/Sitzung_des_Landtages_Hannover_am_15._Dezember_2014.pdf

Für den 21.2. organisiert die Gruppe eine erste INFO Veranstaltung für betroffene Eltern mit Experten, Verbänden und christlichen Institutionen..

Andere Bundesländer

In Schleswig-Holstein ist die Homo-Lobby bereits in Schulen aktiv – trotz fehlender Genehmigung der Landesregierung. Basis für ihre Unterrichtsstunden ist ein Arbeitspapier des Schwulen- und Lesbenverbandes:

<http://echte-vielfalt.de/echte-vielfalt-macht-schule/> .

In Sachsen-Anhalt und Thüringen sind relevante, politische Aktionen von der Homolobby in Vorbereitung.

Printmedien machen Gender zum Thema

Bisher haben gerade Printmedien das Thema „Gender“ gemieden, ja fast wie ein Tabu behandelt. Selbst die Eltern- Demos wurden von ihnen kaum erwähnt und die örtliche Presse in Stuttgart und Hannover berichtete – wenn überhaupt - positiv über homosexuellen Gegen-Demos. „Gender“ war von Anfang an ein Internet – Thema. Hunderte von ergebnislosen Gender Studien füllten - finanziert mit staatlichen Frauenförderprogrammen - jahrelang unzählige Webseiten, angereichert bis zur Sättigungsgrenze. Die Nicht-Genderisten taten sich schwer mit der Aufmerksamkeit für ihre privat finanzierten Nabelschauberichte und „antifeministischen“ Artikel (einschließlich AGENS), die unzählige diffamierende Beiträge der Gegenseite zur Folge hatten. Demokratischer Diskurs wurde immer mehr zum Fremdwort. Das fand Alles im Internet statt. Und jetzt die Printmedien:

Das erste Mal in der Medienwelt berichtet ein Leitmedium, die FAZ, im letzten Herbst mit fünf Artikeln in der Folge über das Thema Frühsexualisierung mit einer Einordnung in das Gender Mainstreaming. Sogar die pädophilen Wurzeln der Genderpädagogik wurden in allen Einzelheiten /5/, /6/ beschrieben – noch vor Monaten undenkbar. Für die geschlechterpolitische Szene ein absolutes Novum. Die Krönung war ein FAZ –Leitartikel /7/ mit einem Artikel im Wirtschaftsteil /8/. Die Stuttgarter Nachrichten nahm sich den Schwerpunkt Gender /9/.

Es bleibt zu hoffen, dass mit der Zeit auch die regionale Presse in den Landeshauptstädten sich mehr und mehr den Anliegen ihrer Bürger, insbesondere den Eltern annimmt. Gerhard Amendt thematisiert brisant den seelischen Kindesmissbrauch /10/

/5/ 14.10.14; Der erste FAZ-Artikel: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/experten-warnen-vor-zu-frueher-aufklaerung-von-kindern-13203307.html>

/6/ 23.10.14, Thema: „Die 5 Gender Thesen“ und schockierende Bilder aus einem Gender Schulbuch. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/lehrplaene-aufklaerung-oder-anleitung-zum-sex-13223950.html>. Tage später erscheinen acht („Dankes“-) Leserbriefe zum Thema.

/7/ 11.11.14, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gender-mainstreaming-das-gute-recht-der-eltern-13258831.html>

/8/ 11.11.14, FAZ-Wirtschaftsteil: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/umstrittene-sexualerziehung-angst-vor-pornografisierung-der-schule-13260124.html>

/9/ 19.11.14, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.frauenfoerderung-eine-ideologie-macht-karriere.0f905c52-bd80-4b26-968f-2a3c6b60839e.html>. Tage später erscheint eine Zeitungsseite mit Leserbriefen zum Thema.

/10/ 31.12. 14 <http://www.freiewelt.net/sollen-sich-die-kinder-doch-wehren-10051105/>

Aktionen

„Gender“ ist bereits mitten unter uns. In immer mehr Bundesländern werden gemäß der Genderpädagogik Kinder im Grundschulalter dazu angehalten, die Rollenbilder „Mann“ und „Frau“ und damit „Vater“ UND „Mutter“ zu hinterfragen und dafür eine sexuelle „Vielfalt“ nicht nur zu tolerieren, sondern sie auch – grundgesetzwidrig - zu „akzeptieren“. Kinder sollen so in die Lage versetzt werden, ihre sexuelle Identität selber zu bestimmen. Viele Experten setzen das mit einem massiven **Kulturbruch** gleich. Zukünftige Aktionen sollten auf Forderung nach einer **genderfreien, altersgemäßen Sexualerziehung** mit definierten **Beteiligungsrechten** der Eltern basieren.

Der Schlüssel für eine ideologiefreie Schule liegt bei den Eltern: Aus derzeit noch **unwissenden müssen betroffene Eltern** werden. Nur informierte und betroffene Eltern sind in der Lage, ihre **Elternrechte wahr zu nehmen** und sich zu wehren. Beginnend mit der Bildungsplan-Debatte in Stuttgart – und jetzt auch in Hannover und Kiel - starten zunehmend „genderfreie“ Verbände und christliche Institutionen mit der Aufklärung der Eltern durch Demos und Information in vielfältiger Weise. Dazu braucht es vielerlei Vorbereitungen: Sicherung der Infokette Bundes-/ Landes-/Schulelternräte, Infos für die Eltern auf Elternabenden, Einrichten eines zentralen Dokumentationszentrums, regionale „Info-Posten“, Fragenkataloge für Elterngespräche mit der Schule, usw., usw. Das alles sind Elemente einer breit angelegten Kampagne.